Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 4. Teleph. Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 75 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 167. Dienstag 18. Juni 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Am gestrigen Nachmittag wurde das Präsidium des Delegiertentages deutscher Journalisten und Schriftstellervereine, sowie die Obmänner der Pensionsanstalt vom König Friedrich August im Dresdner Residenzschloß empfangen. (S. Bericht.)

* Die durch die Ernennung des bisherigen Abgeordneten Berlage zum Reichsgerichtsrat notwendig gewordene Reichstagsersatzwahl im 3. oldenburgischen Wahlkreise ist auf den 4. Juli anberaumt worden.

* Der österreichische Reichsrat ist gestern eröffnet. (S. Ausl.)

* Das französisch-japanische Abkommen wird im Wortlaut mitgeteilt. (S. Ausl.)

* Das dänische Königspaar ist gestern aus Paris wieder abgereist.

* Die französische Kammer hat die erhöhte Steuer für den Zuckerzusatz bei der Wein-Bereitung mit 304 : 235 Stimmen abgelehnt. Die Kommission hatte auf Antrag der Regierung die Zuschlagsteuer auf Zucker, der zur Weinbereitung bestimmt ist, auf 40 Francs festgesetzt. Diese Ziffer wurde im späteren Verlauf der Sitzung nun mit 341 : 214 Stimmen angenommen. (S. Ausl.)

* Der schweizerische Nationalrat beschloß übereinstimmend mit dem Ständerat den Beitritt der Schweiz zur Haager Konvention über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges.

* Die Japaner haben auf Formosa einen entscheidenden Sieg errungen. (S. Ausl.)

Der westliche Dreibund.

Die Zuverlässigkeit amtlicher und nichtamtlicher „Dementis" bewährt sich in unseren Wochen auf das glänzendste. Als nach dem Tage von Cartagena die ersten Nachrichten über englisch-(französisch-)spanische Abmachungen verlautbart waren, da beeilten sich geschäftige Federn, alle Meldungen für unwahr zu erklären. Nun sind sie doch wahr geworden Es hatte bloß noch der Punkt auf dem „i" gefehlt, und den hat man in den letzten Tagen hinzugefügt.

Der Wortlaut des Vertrages ist heute noch nicht veröffentlicht. Trotzdem sind wir wohl berechtigt, mit gutem Gewissen alles aufrecht zu halten, was wir zur Zeit der Cartagena-Begegnung gesagt haben: Wir brauchen uns nicht sonderlich aufzuregen! Daß ein neuer Herzog Alba vor Berlin rücken wird mit spanischen Soldaten, ist herzlich unwahrscheinlich. Daß man die Spaniolen an einem Distanzmarsch Paris — Berlin teilnehmen lassen will, wie der Löwe das Grautier einer Einladung zur Jagd gewürdigt hat, ist recht gut möglich. Wenn sie dann bei Pont-à-Mousson schlapp werden, wie die 1870er à Berlin-Schreier bei Wörth, können sie gemeinsam die Fahrt mit der Eisenbahn fortsetzen: in Gesellschaft reist es sich gemütlicher.

Der Zweck des Vertrages soll die gegenseitige Garantie der Interessen im mittelländischen und im atlantischen Meere sein. Die „Kölnische Zeitung" hat bereits die Frage aufgeworfen, von wem diese Interessen eigentlich bedroht seien. Gewiß von Portugal, das ja vorläufig nicht in den „Garantie-Vertrag" aufgenommen ist.

Es gab eine Zeit, in welcher dieser Vertrag von Bedeutung gewesen wäre, von sehr großer sogar. Das war die Zeit vor dem spanisch-amerikanischen Kriege. Heute, nachdem alles verloren ist, sein heruntergekommenes Land in die Händel der Großen verstricken zu wollen, verrät nichts als den politischen Jugend-Stil eines ungewöhnlich unbegabten Monarchen.

Während man in Madrid gewiß nach Kinderart sich vor Jubel nicht zu lassen weiß über das schöne Hochzeitsgeschenk von Onkel Eduard: eine neue Flotte, mit der die Kinderstube Cavite und Santiago de Cuba spielen kann, tut der erste Staatsmann an der Seine, was ein guter Staatsmann in solchen Fällen tun muß: er wiegelt ab und sichert seinen kleinen Erfolg dadurch vor der Gegenmine, daß er ihn noch unbedeutender erscheinen läßt, als er in Wirklichkeit ist.

Minister Pichon äußerte sich folgendermaßen über den Ursprung und die Tragweite des Abkommens:

Verhandlungen wurden seit mehreren Monaten geführt. Spanien ergriff die Initiative zur Verständigung auf derselben Grundlage mit England. Die auswärtigen Vertreter Frankreichs sind beauftragt worden, den fremden Regierungen mitzuteilen, daß die große Ausdehnung der französischen und spanischen Küsten am Mittelmeere und am Atlantischen Ozean, welche Europa und Afrika bespülen, Frankreich und Spanien dazu geführt hat, die Möglichkeit einer Verständigung ins Auge zu fassen über die gemeinsamen Interessen, die sich aus dieser Lage ergeben und infolgedessen ein Abkommen zu treffen, das darauf hinausgeht, nicht nur den status quo, der in Anbetracht der Nähe der Besitzungen nicht ohne Verletzung der wesentlichen Interessen der beiden Mächte abgeändert werden könnte, aufrecht zu erhalten, sondern besonders die Sicherheit der Verbindungen mit den afrikanischen Besitzungen am Mittelmeer und am Atlantischen Ozean zu gewährleisten. Pichon fügte hinzu, der Text des Abkommens werde demnächst veröffentlicht.

Pichon hat dann seinen Befrager auf die von ihm vorher sorgfältig instruierte spanische Botschaft geschickt. Der spanische Botschafter Leon Castillo schloß sich den Erklärungen Pichons an und fügte hinzu, Spanien habe durch den Abschluß eines Abkommens mit England, das dem mit Frankreich abgeschlossenen ähnlich sei, glücklicherweise seine Stellung gegenüber den beiden befreundeten Nationen gekennzeichnet. Der Botschafter sagte weiter, König Alfons folge mit Festigkeit der Linie, die er sich vorgezeichnet habe. Die durch Zustimmung des Volkes bestätigten Freundschaften mit Frankreich und England seien von jetzt an durch präzise Abkommen, die sich selbst genügten, und deren demnächstige Veröffentlichung zur friedenbringenden Aufrichtigkeit führen werde, aufgezeichnet worden.

*

Wir lassen nun einige französische Preßstimmen über das Abkommen folgen, dessen genaue Wortlaut ja noch nicht bekannt ist.

Die französische Presse gibt einmütig ihrer Befriedigung über die von Frankreich und England mit Spanien getroffenen Uebereinkommen Ausdruck. Die Blätter stellen fest, daß durch die Akte, deren einziges Ziel sei, der Welt neue Friedensbürgschaften zu geben, keinerlei Empfindlichkeit erregt werden könne. „Gil Blas" konstatiert mit großer Befriedigung, daß Spanien, das sich lange Zeit von Deutschland habe angiehen lassen, nunmehr mit einem Male wieder seine historische Rolle einer lateinischen Großmacht zurückfinde. — Der „Matin" erklärt, die Politik Europas vollziehe sich nicht gegen Deutschland, allerdings aber ohne Deutschland. Frankreich habe versucht, sich wegen seiner verlorenen Provinzen mit den gewonnenen Reichen zu trösten, und es könne sich heute das Lob zollen, die Haltung des passiven Mißtrauens aufgegeben zu haben und in eine Aera friedlicher Betätigung eingetreten zu sein. Der „Matin" veröffentlicht ferner eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Pichon, in der dieser über das französisch-spanische Uebereinkommen sich dahin ausdrückt, daß dieses nichts an der Stellung Frankreichs in Marokko ändere. Frankreich sei in Marokko durch internationale Abkommen gebunden.

Die Entente mit Spanien garantiere Frankreichs Besitzungen im mittelländischen Meer, wie im Atlantischen Ozean. Der „Matin" faßt die durch das französisch-spanische und das englisch-spanische Uebereinkommen geschaffene Situation dahin zusammen, daß Frankreich und England Spanien die Integrität seiner Küsten und der seinen Küsten benachbarten Besitzungen gewährleisten, während Spanien England für Gibraltar und für den Weg nach Indien und Frankreich für die Freiheit der Beziehungen mit Algier und Senegal und für die Möglichkeit garantiere, daß in Kriegszeiten sich das mittelländische mit dem atlantischen Geschwader in Verbindung setzen kann. Wenn dies doppelte Uebereinkommen nicht durch ein Uebereinkommen zwischen Frankreich und England vervollständigt worden ist, so geschieht es darum nicht, weil das herzliche Einvernehmen zwischen diesen beiden Staaten andauert.

Der allerwichtigste Punkt des Vertrages ist offensichtlich der letzterwähnte: Da Gibraltar ohne Algeciras, Cadiz und Ceuta, ebenso aber diese spanischen Plätze ohne die Felsenburg Tarifs unvermögend sind, die Straße von Calpe zu beherrschen, so will man keine Streitmittel im Kriegsfall unter eine einheitliche Leitung stellen, um eben diesen Zweck mit Sicherheit zu erreichen. Man hofft, nunmehr das Erscheinen eines nordischen Heeres an den alten Küsten der Vandalen unbedingt unmöglich gemacht zu haben. Das wäre also die Antwort auf die Frage der „Kölnischen Zeitung".

Die Konstellation hat sich seit den Tagen von Algeciras um kein Haarbreit geändert. Spanien saß schon damals auf den Bänken von Deutschlands Gegnern. Sie ist nur schärfer akzentuiert. Ein hübsches Präludium zur Friedens-Konferenz!

Die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahlen.

(Von unserem Münchener Korrespondenten.)

Mittlerweile hat auch die offiziöse „Korresp. Hoffmann" die vollständigen Wahlresultate und eine Berechnung veröffentlicht, die vermutlich ebenfalls noch der Korrektur bedarf. Danach haben von 1 106 881 Wahlberechtigten im ganzen Königreiche 806 659 ihr Wahlrecht ausgeübt, hiervon 3486 in ungültiger Weise. Es erhielten Stimmen: Zentrum 485 069, Liberale 256 480, Sozialdemokraten 177 210, Freie Vereinigung (Bauernbund, Bund der Landwirte, Konservative) 143 931, Christlichsoziale (Antisemiten) 1950.

Zunächst ist zu bemerken, daß auch diese Berechnung einen wesentlichen Unterschied von der bereits mitgeteilten der „Münchener Neuest. Nachr.", bei welcher noch mehrere Wahlkreise fehlten, nicht ergibt. Auch sie erweist die Minderheit der Zentrumswähler im Lande um rund 100 000 gegenüber den anderen Parteien. Nach dem Prozentsatze der Stimmenzahl würden dem Zentrum statt seiner 98 Mandate von 163 höchstens 74, den übrigen Parteien 89, darunter den Liberalen 40, zufallen.

Jedem mit dem bayerischen Wahlgesetze, bzw. der Wahlkreiseinteilung nicht völlig Vertrauten wird es ganz unerklärlich erscheinen, wie es denn möglich ist, daß nahezu 260 000 Stimmen mehr abgegeben wurden, als Staatsbürger überhaupt gewählt haben. Das beruht auf einer „berechtigten bayerischen Eigentümlichkeit". Es sind nämlich auch in der neuen „gesetzlichen" Wahlkreiseinteilung 30 sogenannte zweimännige Wahlkreise geschaffen worden, in denen jeder Wähler das Recht hat, zwei Stimmen abzugeben und zwei Abgeordnete zu erküren.

Unglaublich, aber wahr. Und der Grund ist so ungemein einfach. Also hat es das Zentrum gewollt, und es hatte hier alle agrarischen Elemente auf seiner Seite. Es handelt sich dabei nur um ländliche Wahlkreise, oder wenigstens um solche, wo das Land den Ausschlag gibt. M. a. W., die Einrichtung bedeutet eine ebenso ungerechte, wie starke Bevorzugung des flachen Landes vor den Städten. So kommt es, daß Wahlkreise mit kaum 10 000 Berechtigten zwei Abgeordnete entsenden, während andere mit 18 000 und mehr Berechtigten auf einen beschränkt sind. Man nennt das ausgleichende Gerechtigkeit. Sie erweist sich dadurch, daß dem Zentrum von diesen 30 Wahlkreisen 19 zugefallen sind.

Dem Zentrum kommen natürlich die trockenen Ziffern der Statistik sehr unbequem, weshalb es sie mit allerlei Mätzchen zu verschleiern sucht. Da sind in den ultramontanen Domänen plötzlich viele, viele Tausende sonst braver Zentrumsmänner von der Wahlurne weggeblieben, weil der Sieg doch gewiß war, ein ganz absurder Einwand, der sich, wenn man ihn ernst nehmen wollte, auch durch einen Blick auf die Wahlbeteiligung erledigt: sie beweist fast durchgehend die gleiche Wahlflauheit. Da wird ferner das bündlerisch-liberale Kompromiß herangezogen, um behaupten zu können, daß ein — natürlich — außerordentlich großer Teil der liberalen Stimmen von den Bündler herrührt. In Wirklichkeit war aber das Bündnis den agrarischen Gruppen so günstig, daß ihnen sicher erheblich mehr liberale Stimmen zugefallen sind, als umgekehrt.

Im stillen Kämmerlein aber werden sich die Duckmäuser ins Fäustchen lachen. Bei einer Stimmenminderheit besitzen sie im Landtage die erdrückende Mehrheit, und diese auf Grund einer verfassungsmäßig festgesetzten Institution, die nur durch eine Zweidrittel-Mehrheit wieder beseitigt werden kann.

Schulsynoden und Volksschulreform.

Pädagogen und Politiker, Männer der Praxis und einsichtsvolle Eltern begegnen sich in der Forderung nach einer Reform des Volksschulwesens. Seit Jahren steht der vorgeschrittenere Teil der Lehrerschaft im Kampfe gegen die Lernschule und für die Bildungsschule, gegen Wortwissen und für Lebenswissen, gegen den geisttötenden Stoff und für den lebenerweckenden Geist. Wir begegnen im Schulwesen einem verhängnisvollen Stillstande.

In den Jahren 1866 und 1870 zeigte sich die Schule der bedeutendsten Aufgabe der deutschen Nation, die Einigung des Vaterlandes herbeiführen zuhelfen, gewachsen. Kein Geringerer als Bismarck hat es anerkannt, daß zu den Siegen auf dem Schlachtfelde das, was auf der Schulbank und dem Pulte erarbeitet worden war, mit beigetragen hat.

Heute stehen wir in einer neuen Epoche der Entwicklung, in der Industrialisierung Deutschlands und vor dem Problem der Weltwirtschaft.

Waren es früher die von uns militärisch Besiegten, Oesterreich und Frankreich, die nach der Niederlage eifrigst bestrebt waren, den Deutschen im Schulwesen gleich- oder nahe zu kommen, so finden wir diesen Wettkampf um die Schule jetzt bei unseren Konkurrenten auf dem Weltmarkte, bei den Engländern, Nordamerikanern, Japanern und Franzosen.

Man verschließt sich in Deutschland nirgends mehr der Einsicht, daß eine gesteigerte Volksbildung die notwendige Vorbedingung der wirtschaftlichen Entwicklung und der nationalen Wehrhaftigkeit ist. Diese Ueberzeugung hat sich selbst in Kreisen Bahn gebrochen, die früher eine gesteigerte Bildung für die alleinige Ursache der soziale Unzufriedenheit und die Quelle des politischen Radikalismus ansahen.

Eine äußere Vermehrung des Stoffes darf allerdings unter keinen Umständen gefordert werden. Man rechnet dabei, wenn man immer neue Forderungen an die Schule stellt und immer neuen Stoff der Schule zuweisen möchte, zu wenig mit der geistigen Unreife der Kinder. Hier darf die Reform keineswegs einsetzen. Ihr Ziel muß vielmehr die Ueberwindung der derzeitigen Lernschule, des einseitigen Gedächtniskultes und die Ausbildung aller Kräfte und Fähigkeiten sein. Die Einseitigkeit der heutigen Schulbildung muß einer vielseitigeren Platz machen. Am eklatantesten zeigt sich diese Einseitigkeit in dem Umstande, daß so viele, die in der Schule nichts leisteten und wenig versprachen, eine ungeahnte Entwicklung nahmen, und daß manche andere, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigten, im Leben nicht recht vorwärts kamen. Die Weisheit der Schule ist zu viel Buchweisheit, das Wissen zu viel Buchwissen. Darum einigen sich die Reformer in der Hauptsache in folgenden Forderungen:

Die Schule nehme vor allem Bezug auf das praktische Leben. Sie sei nicht der Abklatsch der Gelehrtenschulen, die ganz andere und einseitige Ziele verfolgen und verfolgen müssen.

Sie stelle das moderne Leben nach allen seinen Beziehungen in den Mittelpunkt ihrer Betätigung, viel mehr als bisher.

Sie baue auf dem weiter, was das Kind aus seiner Umgebung mit zur Schule bringt und stelle vor allem einen Uebergang vom verschulpflichtigen Alter zur Schularbeit her durch einen nicht auf die Schulen aufgebauten Elementarunterricht, durch einen Vorbereitungskursus, der die mitgebrachten Erfahrungen und Kenntnisse des Kindes in den Mittelpunkt der Belehrung stellt.

Diese Forderungen werden wohl fast allseitiger Zustimmung begegnen. Aber ihrer Verwirklichung stellen sich mancherlei Hindernisse in den Weg: das zurzeit geltende Schulgesetz, die Lehrpläne und der Bureaukratismus. Es ist menschlich erklärlich, daß die Instanzen, die die Ausführung der bestehenden Vorschriften zu überwachen haben, den Forderungen nach Reformen mehr oder weniger heftigen Widerstand entgegensetzen. Ihr Augenmerk ist darauf gerichtet, die bestehenden Vorschriften bis ins Detail auszuarbeiten. In Deutschland gibt es aber solcher Instanzen recht viele: Unterrichtsminister, Bezirksschulinspektor, Lokalschulinspektor, Inspektoren für Religion, Turnen, Zeichnen. An Aufsicht fehlt es also nicht. Aber an Anregungen aus dem Kreise der Fachleute, an Anregungen zu Reformen. Die Anstöße dazu sind meist von außen gekommen. Man denke an die Jugendspielbewegung, die Handfertigkeitsbewegung, die Kunsterziehungsbewegung u. a.

In den Kreisen der Volksschullehrer ist man Reformfragen zugänglich, manche behaupten, zu leicht. In Vereinen, in Fachzeitungen begegnet man beachtlichen Vorschlägen. Sie finden kaum oder gar keine Beachtung, weil sie nur schwer an die entscheidenden Instanzen heranzubringen sind. Es fehlt an einer Institution, die die Aufgabe hat, gestaltend in das innere Leben und Getriebe der Schule einzugreifen, mit einem Worte: eine Schulsynode.

Frankreich hat diese Institution seit etwa 30 Jahren. Jenseits der Vogesen ist das Schulwesen noch straffer zentralisiert als diesseits. Ehe diese Zentralisation aber durchgeführt wurde, schuf die Regierung durch das Dekret vom 5. Dezember 1877 als heilsames Gegengewicht einen obersten Unterrichtsrat mit Sektionen für das höhere, das Sekundär- und das Primärschulwesen. Ihnen gehören auch Volksschullehrer an. Der Unterrichtsminister präsidiert ihnen, und alle inneren Angelegenheiten des Schulwesens unterliegen ihrer Beratung. Seine Beschlüsse und Entscheidungen sind aber natürlich an die Zustimmung der staatlichen Instanzen gebunden.

Um eine Uniformierung zu vermeiden, müßte ein solcher Unterrichtsrat — der Name Synode sagt dem Deutschen klarer, wie er gemeint ist — dem subjektiven Charakter der Schulen Rechnung tragen. Es müßte also eine solche Synode bestehen für eine große Stadt, für einen Bezirk mit annähernd gleichen schulischen und außerschulischen Verhältnissen, endlich für das ganze Land.

In allen möglichen anderen Berufen und Ständen hat man den oben skizzierten Gedanken Rechnung getragen. Es gibt Kammern für Handel und Gewerbe, Aerzte und Landwirte, Synoden für die Kirche, Ausschüsse für Beamte und Arbeiter. Da liegt doch der Gedanke, die Lehrer in ähnlicher Weise zu organisieren, an der Oberfläche der Ueberlegungen. Solche Organisationen garantieren die größte Kraftentfaltung und bergen in sich die Bürgschaft für das Aufblühen der von ihnen vertretenen Institutionen. Das moderne Gestaltungsprinzip von Gemeinde und Staat weist auf die Einrichtung einer solchen Schulsynode hin, und daß der Stand der Volksschullehrer für solche Selbstverwaltung reif ist, beweist ein Blick in die freie Vereinstätigkeit und in die fruchtbare literarische Betätigung.

Die Hauptsache ist, daß man dieser Frage überhaupt näher tritt und Versuche macht. Es würde dann nicht mehr aufreibender Kämpfe bedürfen, um die Ergebnisse theoretischer Arbeiten und wissenschaftlicher Forschung in die Tat umzusetzen. Daß das Streben nach Reformen nicht in Ueberhastung ausartet und der Schularbeit dadurch die notwendige Ruhe verloren ginge, dafür bürgen die übrigen staatlichen Instanzen, die das konservative Element bilden würden neben dem fortschrittlichen der Schulsynode.

Deutsches Reich.

Leipzig, 18. Juni.

* **Ein Dementi.** Die Montagsausgabe des „Berliner Lokal-Anzeigers" meldet, es hätten Besprechungen zwischen den Vertretern der maßgebenden Parteien und den leitenden Kreisen stattgefunden, die das Ergebnis gehabt hätten, daß bei dem in absehbarer Zeit bevorstehenden Rücktritt des Kultusministers Dr. v. Studt nur ein Nachfolger in Frage komme, der derselben politischen Richtung angehöre wie Dr. v. Studt. — Das Wolffsche Telegraphen-Bureau ist ermächtigt, diese Nachricht für Erfindung zu erklären. Der „Lokal-Anzeiger" bemerkt zu diesem Dementi:

Wenn das Wolffsche Bureau behaupten will, derartige Besprechungen hätten nicht stattgefunden, so ist es schlecht unterrichtet. Will das Telegraphenbureau nur bestreiten, daß eine Uebereinstimmung der Ansichten erzielt worden sei, so ist das eben Ansichtssache, und über Ansichten soll man bekanntlich nicht streiten. Wer recht hat, wird die Zukunft lehren.

Wir meinen, dazu bedarf es der Zukunft nicht. Auch die Gegenwart weiß, daß zum mindesten die Nationalliberalen, die denn doch zu den „maßgebenden Parteien" gehören, unmöglich einer solchen an sich auch höchst unwahrscheinlichen Besprechung nicht zugestimmt haben können. Daß aber die Deutsch-Konservativen und das Zentrum solche Wünsche haben, dazu bedarf es keiner besonderen Aufklärung durch den „Lokal-Anzeiger".

* **Maximilian Harden** richtet an die „B. Z. am Mittag" eine Zuschrift, der wir folgende Angaben tatsächlicher Natur entnehmen: Die Herren Fürst Eulenburg und Graf Moltke wissen mindestens seit dem Dezember 1906, warum ich sie bekämpfen zu müssen glaube. Wissen es aus dem Mund eines Mannes, der von ihnen (oder: von einem der beiden) als Friedensstifter zu mir geschickt worden war, nachdem die Artikel „Praeludium" und „Dies irae" (16. und 23. November) in der „Zukunft" erschienen waren. Fünf Monate danach, zwei Wochen nach der Intervention des Kronprinzen, hat einer der beiden Herren, der dreiundzwanzig Tage vorher (seitdem nicht mehr) in der „Zukunft" erwähnt worden war, mich wegen der über ihn veröffentlichten kritischen Bemerkungen zum Zweikampf herausgefordert. Das von mir erbetene Gutachten eines Generals, eines hohen Zivilbeamten, eines jüngeren Offiziers lautete einstimmig: Auch wenn die besonderen Umstände des Falles nicht die Annahme der Herausforderung verböten, wäre sie abzulehnen, weil sie viel zu spät und offenbar erst unter dem Druck äußerer Verhältnisse erfolgt ist. Ich habe die Herausforderung abgelehnt. Die Tatsache der Herausforderung ist nicht von mir in die Oeffentlichkeit gebracht worden.

* **Die Köhlbrandfrage,** welche jetzt in Zusammenhang mit der Anwesenheit des Kaisers in Hamburg gebracht wird, ist eine Angelegenheit, die zugleich wichtige Interessen dieser großen See- und Handelsstadt, wie der preußischen Hafenstadt Harburg berührt. Der Köhlbrand ist die schiffbare Mündung der Süderelbe, welche den Zugang zu dem neuerdings erheblich verbreiterten und verbesserten Harburger Hafen vermittelt, während Hamburg und Altona mit ihren Häfen an der Norderelbe liegen. Im Interesse der Wasserführung der Norderelbe ist vertragsmäßig die Tiefe des Köhlbrandes in einer Weise festgelegt, welche dem zunehmenden Tiefgange der großen Seeschiffe nicht mehr entspricht und deren Verkehr nach Harburg entweder verhindert, oder doch sehr beträchtlich erschwert. Im Interesse dieser Hafenstadt liegt es daher, daß jene vertragsmäßige Bestimmung beseitigt und der Köhlbrand so weit vertieft wird, daß auch große Seeschiffe, ohne zu leichtern, den Harburger Hafen erreichen können. Hamburg seinerseits hat ein dringendes Interesse daran, eine Eisenbahnverbindung mit der durch den Köhlbrand und preußisches Staatsgebiet von der Stadt und dem Hafen getrennten Insel Finkenwärder herzustellen, um dieses Gebiet der industriellen Bebauung zu erschließen und so seinen Hafenanlagen neuen Verkehr zuzuführen. Die Schwierigkeit der Ausführung dieses Planes liegt in der Notwendigkeit, die Eisenbahn über oder unter dem Köhlbrand so durchzuführen, daß der Schiffsverkehr auf dieser Wasserstraße nicht behindert wird. Durch freundnachbarliches Entgegenkommen der preußischen und der hamburgischen Behörden ist im Wege sorgfältiger Verhandlungen nunmehr eine Lösung der Köhlbrandfrage vorbereitet worden, in der sowohl die Hamburger wie die Harburger Interessen voll zu ihrem Rechte gelangen. Um diese Lösung der Frage dürfte es sich bei der eingangs erwähnten Nachricht handeln.

* **Die Londoner Stadtväter in Berlin.** Der Lordmayor und die Mitglieder der Londoner Stadtverwaltung besichtigten gestern vormittag eine städtische Gemeindeschule, ein Realgymnasium und eine Badeanstalt. Auf die Begrüßungs-